BESCHLUSSVORLAGE V0146/24 öffentlich	Referat	Referat VII
	Amt	Stadtplanungsamt
	Kostenstelle (UA)	6100
	Amtsleiter/in	Münster, Philipp
	Telefon	3 05-2110
	Telefax	3 05-2149
	E-Mail	stadtplanungsamt@ingolstadt.de
Datum	14.02.2024	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	14.03.2024	Bekanntgabe

Beratungsgegenstand

Photovoltaik auf Parkplätzen
Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 18.08.2023
Stellungnahme der Verwaltung
(Referentin: Frau Wittmann-Brand)

Bekanntgabe:

Der Bericht der Verwaltung wird bekannt gegeben.

gez.

Ulrike Wittmann-Brand
Stadtbaurätin

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	☐ im VWH bei HSt: ☐ im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	☐ Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt: ☐ Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
☐ Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
☐ Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
☐ Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Nachhaltigkeitseinschätzung:

Wurde eine Nachhaltigkeitseinschätzung durchgeführt: ja nein
 Wenn nein, bitte Ausnahme kurz darstellen und begründen

Begründung der Ausnahme

Wenn ja,

Legende für die quantitative Einschätzung (Q):

++	stark fördernd
+	leicht fördernd
/	Ausgeglichen/ keinen Effekt
-	leicht hemmend
--	stark hemmend

Hinweis: Für **Q** sowie die **Zielauswahl** ist ein Drop-Down Menü hinterlegt. Bei der Zielauswahl besteht jeweils nur eine Auswahlmöglichkeit, bitte wählen Sie hier die Hauptauswirkung. Ggf. weitere Ziele können in der Begründung aufgeführt werden.

Handlungsfeld und Schwerpunktthema	Zielauswahl	Q	Begründung
Wirtschaft und Innovation			
W1: Nachhaltiges Wirtschaften und neue Geschäftsmodelle	W1.1: Diversifizierung der lokalen Wirtschaftsstruktur	++	Regionale Energieerzeugung verringert Abhängigkeiten.
W2: Forschung und technologischer Wandel	Zielauswahl	Q	Begründung
W3: Arbeit und lebenslanges Lernen	Zielauswahl	Q	Begründung
Klima, Umwelt und Energie			
K1: Klimaschutz und Energie	K1.2: Ausbau von erneuerbaren Energien	++	Erhöhung der städtischen Erzeugung erneuerbarer Energien.
K2: Umwelt- und Naturschutz	K.2.3: Vernetzung, Entwicklung und Erhalt schützenswerter Flächen	/	Bei möglichen Konflikten z.B. mit Baumschutzbelangen sind Einzelfallentscheidungen sinnvoll.
K3: Klimafolgenanpassung	Zielauswahl	Q	Begründung
K4: Ressourcenschutz	K4.3: Ressourcenschonender Umgang mit Flächen und Baustoffen	++	Fossile Energien werden ersetzt.
Nachhaltiges Leben im Alltag			
N1: Nachhaltiges Leben und Einkaufen	Zielauswahl	Q	Begründung
N2: Gesundheit und Wohlergehen	Zielauswahl	Q	Begründung
N3: Wohnen und nachhaltige Stadtviertel	Zielauswahl	Q	Begründung
N4: Nachhaltige Mobilität	N4.4: Elektro-Mobilität	+	Fördert Elektromobilität.
Bildung und Kultur			
B1: Kunst und Kultur	Zielauswahl	Q	Begründung
B2: Bildung	Zielauswahl	Q	Begründung
Vielfalt und Engagement			
V1: Gemeinsinn, Vielfalt und Zusammenhalt	Zielauswahl	Q	Begründung
V2: Globales Engagement	Zielauswahl	Q	Begründung
Gesamteinschätzung des Vorhabens (kurze Erläuterung)	Die Errichtung zusätzlicher PV-Anlagen über bereits versiegelten Flächen kann zu einem merklichen Bedeutungsgewinn der erneuerbaren Stromerzeugung in Ingolstadt führen.		

Bürgerbeteiligung:

Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt: ja nein

Kurzvortrag:

Das Überbauen bereits versiegelter Flächen durch PV-Anlagen entspricht dem Ziel eines klimaneutralen Ingolstadt bis zum Jahr 2035. Eine erste Prüfung für die im Verantwortungsbereich der Stadt Ingolstadt bzw. der IFG Ingolstadt AöR befindlichen Parkeinrichtungen ergab die folgende Priorisierung hinsichtlich grundsätzlicher Umsetzbarkeit von PV-Anlagen: Die Parkhäuser am Hauptbahnhof Ost, Hauptbahnhof West und Nordbahnhof sind grundsätzlich geeignet, ebenso das Parkhaus J GVZ. Nach Abwägung hinsichtlich der Belange des Denkmalschutzes, einer möglichen Beeinträchtigung von Baumbestand und Grünanlagen, konkurrierender Nutzungsarten etc. kommt für die oberirdischen Parkplätze Hallenbad, Schloss und Theater Ost sowie Volksfestplatz keine Parkplatz-PV in Betracht.

I. Erfassung geeigneter Flächen für Parkplatz-PV-Flächen.

Eine Überprüfung geeigneter stadteigener großflächiger Parkplätze wurde bereits durchgeführt (siehe auch V0327/23). Es wurde festgestellt, dass es vorteilhafter ist PV-Anlagen an Parkhäusern zu installieren als an großflächigen oberirdischen Parkplatzanlagen. Die Erfassung aller technisch durchführbaren und wirtschaftlich betreibbaren Parkplatzanlagen (in Privateigentum oder in öffentlicher Hand) für die Errichtung von PV-Anlagen im gesamten Stadtgebiet ist aus finanziellen und personellen Kapazitäten nicht leistbar.

II. Proaktive Ansprache von Eigentümern sonstiger geeigneter privater Parkplatzflächen

Unabhängig von der reinen flächenmäßigen Bestandsaufnahme ist eine Umsetzungsprojektskizze samt Einrechnung der Fördermöglichkeiten für geeignete private Flächen zudem praktisch nicht erstellbar. Laut vorliegenden Förderbedingungen erfolgt keine Pauschalförderung. Inwieweit die Errichtungen einer PV-Anlage auch steuerliche Auswirkungen haben kann, ist in einer durch die Stadt Ingolstadt erarbeiteten Projektskizze nicht abbildbar. Zudem sind auch die planungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Bestimmungen sowie die technische Umsetzbarkeit zu prüfen und für jedes Projektgebiet mit den Förderbedingungen abzugleichen.

Mit dem Solarpotenzialkataster (www.solare-stadt.de/Ingolstadt) stellt die Stadt bereits allen Dachbesitzern ein Instrument zur Verfügung, mit dem sie eine erste Abschätzung der Eignung ihrer Dachflächen für die Errichtung einer Solaranlage durchführen können. Durch die Eingabe weiterer Daten und Nutzungswünsche kann auch eine erste Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt werden.

III. Erfassung geeigneter Flächen für Parkplatz-PV und Erstellung von Umsetzungskonzepten für stadteigene Flächen

Bei PV-Anlagen auf Parkplätzen handelt es sich nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wie bei Agri-PV-Anlagen um sog. „besondere Solaranlagen“. Nach der derzeitigen Gesetzeslage entfallen für diese Sonderanlagen sofern sie ausschreibungspflichtig sind (ab 1001 kWp, was einem Flächenbedarf von ca. 7000 qm entspricht) etwaige Flächenbeschränkungen. Dadurch müssen sie, um eine Einspeisevergütung zu bekommen, keine Maximalgröße mehr unterschreiten. Eine höhere Einspeisevergütung ist damit aber nicht verbunden. Auch für kleinere PV-Anlagen bis zu 1000 kWp auf

Parkplätzen ist die Einspeisevergütung dieselbe wie auf Dachflächen. Diskutierte Zuschläge für besondere Solaranlagen sind bisher nicht beschlossen. Gegenüber Solaranlagen auf bestehenden Dächern und Freiflächen-Solaranlagen haben Parkplatz-Solaranlagen daher einen enormen Kostennachteil, da eine aufwendige Tragekonstruktion mitfinanziert werden muss. Diese muss alle Anforderungen z.B. bezüglich Anfahrerschutz, Durchfahrtshöhe und Statik erfüllen. Dadurch ist die Überbauung von Parkplätzen mit PV Anlagen nur wirtschaftlich rentabel, wenn der erzeugte Strom direkt vor Ort verbraucht wird, da eine Volleinspeisung in das Stromnetz nicht kostendeckend sein wird.

Eine Überprüfung geeigneter stadteigener großflächiger Parkplätze kam zu dem Schluss, diese nicht umfänglich mit PV-Anlagen auszustatten (siehe auch V0327/23). Für mögliche weitere Flächen im bebauten Bereich ist es wirtschaftlich sinnvoller, für PV-Anlagen bestehende Dachflächen zu nutzen, die in Ingolstadt sowohl im öffentlichen als auch im privaten Besitz potenziell vorhanden sind. Mittlerweile ist eine Tochtergesellschaft zwischen der Stadt Ingolstadt und der Stadtwerke Beteiligungen GmbH in Gründung. Sie wird zum Ziel haben, PV-Anlagen auf bestehenden Dächern zu projektieren und zu errichten.

Fazit:

Eine Überprüfung sämtlicher für Parkplatz-PV-Anlagen geeigneter Flächen ist personell nicht leistbar. Die wirtschaftliche Rentabilität ist bei der Errichtung gleichzeitig nicht ausreichend gegeben. Die Errichtung von PV-Anlagen auf bestehenden und neu zu errichtenden Dächern ist hier zielführender und wird auch bereits durch die IFG Ingolstadt AöR umgesetzt.

Wesentlich leichter umsetzbar und wirtschaftlich darstellbar ist zum aktuellen Stand die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen. Im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans wird die Verwaltung städtebaulich geeignete, vorwiegend auf bereits vorbelasteten Bereichen verortete Angebotsflächen prüfen und ggf. in die Entwurfsfassung aufnehmen. Die Verwaltung wird zudem bei künftigen Bebauungsplänen sicherstellen, dass die Überbauung von oberirdischen Parkplatzflächen mit PV-Anlagen planungsrechtlich nicht ausgeschlossen ist.